

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut B. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pbbn d



Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB,
Stellvertretender Vorsit-
zender der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag,
fordert das Parlament auf,
die Strauß-Attacken gegen
den Flick-Ausschuß zurück-
zuweisen: Fähigkeit zur
Selbstkorrektur erhalten.

Seite 1

Horst Grunenberg MdB, Ob-
mann der Arbeitsgruppe
Meerespolitik der SPD-
Fraktion im Deutschen
Bundestag, verurteilt die
Nichtzeichnung des UN-See-
rechtsübereinkommens: Wi-
der die deutschen Interes-
sen.

Seite 4

Fritz Gautier MdEP kriti-
siert die einseitige Ent-
scheidung der USA, den
Röhrenimport aus den EG-
Staaten zu drosseln:
Washington provoziert
Handelskonflikt.

Seite 5

Dokumentation

Die prälizischen SPD-MdB
Peter Büchner und Horst
Sielaff haben Bundes-
kanzler Kohl in einem
Brief aufgefordert, bei
seinem Gespräch mit US-
Präsident Reagan nicht die
in der gemeinsamen Heimat-
region lagernden C-Waffen-
Bestände zu vergessen.

Seite 6

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

39. Jahrgang / 229

28. November 1984

Fähigkeit zur Selbstkorrektur erhalten

Der Bundestag muß die Strauß-Attacken gegen den Flick-
Untersuchungsausschuß zurückweisen

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Nicht nur die unmittelbar Verantwortlichen, sondern alle
Bundestagsabgeordneten müssen sich herausgefordert fühlen
durch den erheblichen Vertrauensverlust, den die politi-
schen Parteien und mit ihnen auch die Abgeordneten durch
die Parteispendenaffären erlitten haben. Da mag mancher
Vorwurf ungerecht sein, da mag manches diffamierende Vor-
urteil wiederaufleben.

Das Mißtrauen dürfen wir Politiker gleichwohl nicht ab-
gestumpft hinnehmen. Besonders schlimm wäre es, wenn wir
unsere Hoffnung darin setzten, daß sich die Geschehnisse
verschleiern und verdecken lassen und auf diese Weise
die Vorwürfe entkräftet werden. Das Gegenteil würden wir
damit erreichen; das Mißtrauen muß sich verhärten, wenn
wir so offensichtlich unfähig sind, uns selbst zu kon-
trollieren und zu korrigieren.

Mit der einstimmigen Einsetzung des Flick-Untersuchungs-
ausschusses hat der Bundestag den Weg der unnachsichtigen
Kontrolle und der konsequenten Klärung beschritten. Die
bisherige Arbeit dieses Ausschusses zeigt, daß diese
Entscheidung richtig gewesen ist.

Printed in Germany
on vertical-recycled
Recycling-Paper



Das Urteil der Öffentlichkeit über die Fähigkeit des Bundestages zur Selbstkorrektur, die Chance zur Wiedergewinnung des verlorenen Vertrauens, sie werden entscheidend davon abhängen, ob es dem Untersuchungsausschuß gelingt, seine Aufgabe zufriedenstellend zu erfüllen. Das ist seit wenigen Tagen leider in Frage gestellt. Der Auftritt des bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß im Untersuchungsausschuß war eine offenbar vorher geplante Demonstration der Ablehnung und der Verhöhnung des Ausschusses.

Wenn es möglich ist, sich der Befragung durch offenkundiges Ausweichen oder sogar trotzig Verweigerung zu entziehen, dann bleibt fraglich, welche Möglichkeiten zur Aufklärung der Ausschuß eigentlich hat. Es ist schon schmähsch, daß ausgerechnet das Verhalten eines Ministerpräsidenten und Vizepräsidenten des Bundesrates in diesen Tagen Veranlassung gibt, erstmals seit Jahren wieder über Ordnungs- und Zwangsmaßnahmen nachzudenken, mit denen ein solcher Ausschuß vollständige und wahrheitsgemäße Aussagen herbeiführen kann.

Der bayerische Ministerpräsident hat nicht nur den Untersuchungsausschuß brüskiert. Er hat dem Bundestag die schuldige Achtung verweigert, daß er ihm seine Geringschätzung und Mißachtung ausdrückt.

Als sei das nicht bereits schlimm genug gewesen, haben Franz Josef Strauß und seine politischen Freunde im Anschluß an die Vernehmung den Ausschuß und seine Verfahrensweise in einer Form beschimpft, für die es im Verhältnis zwischen dem Bundestag und einem Mitglied des Bundesrates bisher kein Beispiel gibt. Strauß selbst gab den Ton an, in dem er dem Ausschuß vorwarf, ein Ausforschungsinstrument zu sein, Daten- und Persönlichkeitsschutz zu mißachten und, so wörtlich, in peinlicher Weise an Schauprozesse zu erinnern.

Nachdem der Zorn des bayerischen Ministerpräsidenten erst einmal entfacht war, zogen seine Getreuen nach. Eine "rot-grüne Vernichtungsstrategie" bescheinigte Herr Tandler dem Untersuchungsausschuß, von Verfälschung, Mißbrauch und "durch-



sichtigen Propagandaaktionen" war im "Bayern-Kurier" die Rede und der CSU-Abgeordnete Fritz Wittmann lief zu einer besonders traurigen Form der Gehässigkeit auf, indem er den Ausschuß beschimpfte, er entspreche "Inzwischen schon dem Freislerschen Volksgerichtshof".

Der Ausschuß ist durch einstimmigen Beschluß des Bundestages eingesetzt worden. Sein Vorsitzender und seine Mehrheit gehören der Koalition an. So geht es bei den Straußattacken nicht um Parteienstreit. Mit den geschilderten maßlosen Angriffen und Beschimpfungen wird die Fähigkeit des Bundestages zur Aufdeckung und Bereinigung der Spendenaffären in Frage gestellt und geschwächt.

Mehr als eine Woche ist seit dem Brief von Hans-Jochen Vogel an den Bundestagspräsidenten mit der Bitte um Abwehr der Anwürfe verstrichen, ohne daß bisher eine Reaktion sichtbar geworden ist. Es mag sein, daß die Prüfung von Gegenmaßnahmen Zeit erfordert. Niemand soll aber glauben, daß wir es zulassen werden, über die rüden Angriffe des bayerischen Ministerpräsidenten kurzerhand zur Tagesordnung überzugehen. So nachdrücklich und gründlich der Auftrag des Untersuchungsausschusses selbst erfüllt werden muß, so entschieden und deutlich muß auch klargestellt werden, daß der Ausschuß eine wichtige, unerlässliche Arbeit verrichtet, die weder gestört noch verächtlich gemacht werden darf. (-/28.11.1984/ks/rs)

+ + +



Wider die deutschen Interessen
-----**Zur Nichtzeichnung des UN-Seerechtsübereinkommens****Von Horst Grunenberg MdB****Obmann der Arbeitsgruppe Meerespolitik der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag**

Der dienstälteste Bundesminister hat gegen den dienstjüngsten Bundesminister verloren. Während Außenminister Genscher (FDP) für die Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) auch wegen der Elemente der Völkerverständigung, Konfliktverhütung, Friedenssicherung und Rechtssicherheit kämpfte, ließ Wirtschaftsminister Bangemann FDP das Banner der sogenannten Marktwirtschaft flattern und fegte mit ordnungspolitischer Ideologie seinen Parteifreund hinweg. Obertüncht wird alles mit dem "historischen Kompromiß", gegen die Unterzeichnung des SRÜ durch die EG soll kein Einspruch erhoben werden.

Kanzler Kohl, gestützt durch seine Unionsfraktion, kann in devoter Haltung Ende der Woche vor den US-Präsidenten treten und den Vollzug der brieflichen Anmahnungen Reagans, die SRÜ-Zeichnung zu unterlassen, melden. So ist der meeresstechnische Konkurrent Bundesrepublik aus dem Weltmarkt zurückgedrängt, wenn nicht gar ausgeschaltet und der Bundeswirtschaftsminister ist sogar stolz darauf.

Der "historische Kompromiß", die EG zeichnen zu lassen, ohne selbst zu zeichnen, entpuppt sich sehr schnell als "historischer Unfug". Die EG-Klausel des SRÜ (Annex 9) enthält nämlich eine Bestimmung wonach in keinem Fall ein EG-Staat Rechte aus dem SRÜ erhält, ohne selbst Vertragspartei zu sein. Es kommt hinzu, daß die Vorbereitungs-kommission nur für Tiefseebergbau und Seegerichtshof ein Verhandlungsmandat hat und zum Beispiel nicht für Fischerei oder Umweltschutz, wofür der EG Zuständigkeiten seitens der Mitgliedstaaten übertragen wurden. Auf dem Gebiet des Tiefseebergbaus hat die EG so gut wie keine Zuständigkeiten. Sie kann weder Pionierinvestor noch zu einem späteren Zeitpunkt im Tiefseebergbau tätig werden. Die EG hat allenfalls Zuständigkeit im Bereich der Handels- und Rohstoffpolitik betreffend den Meeresbergbau.

Und so beschränkt sich die Befugnis der EG, in der Vorbereitungs-kommission mitzuwirken, auf gerade die Fragen, die von zentralem Interesse für die Dritte Welt sind. Die Gruppe der Entwicklungsländer fordert bekanntlich eine Weltwirtschaftsordnung so, wie die EG die Agrarmarktordnung praktiziert.

Das Versteckspiel hinter der EG bringt nichts für die bundesdeutschen Belange in der Vorbereitungs-kommission. Die fehlende Unterzeichnung des SRÜ durch die Bundesregierung wird die Stimme der EG in der Vorbereitungs-kommission überhaupt erheblich schwächen. Kanzler Kohl und Minister Bangemann glauben, mit einem kräftigen Schlag ins Wasser die Weltmeere zum Tosen zu bringen. Sie werden damit bestenfalls eine glucksende Welle erzeugen, aber keine Sturmflut, die die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen hinwegreißt.
(-/28.11.1984/ks/rs)

+ + +



USA provozieren Handelskonflikt

Washington entschied einseitig, Röhrenimporte zu drosseln

Von Fritz Gautier MdEP

Die gestrige Entscheidung der USA, die Röhrenimporte aus der EG einseitig auf 5,9 Prozent festzulegen, bedeutet, daß vom 29. November 1984 praktisch ein Importstopp für Röhren aus der EG gilt. Denn der Marktanteil der EG-Röhren liegt bereits über 5,9 Prozent für 1984. Mit dieser Maßnahme haben die USA die Handelsbeziehungen mit der EG einseitig verschärft. Sie müssen deshalb mit harten Gegenmaßnahmen, gegebenenfalls im Sojasektor, rechnen.

Zur Geschichte: Im Rahmen des Stahl-Lieferabkommens zwischen der EG und den USA über Massenstähle gab es auch einen Briefwechsel, in dem die Absicht niedergeschrieben wurde, den EG-Röhrenanteil auf cirka 5,5 Prozent des US-Marktes zu beschränken. Aufgrund des hohen Dollarkurses und der Konjunkturentwicklung in den USA hat sich der EG-Anteil am US-Markt auf 14,6 Prozent im Jahre 1984 erhöht. Das Problem ist also unbestreitbar vorhanden.

In Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA in der letzten Woche hatte man sich auf einen Marktanteil von 7,6 Prozent verständigt. Dabei sollten die Altkontrakte über bestimmte Röhren, die die Amerikaner nicht selber herstellen können, ausgenommen werden. Die US-Administration hat diese Übereinkunft aber nicht akzeptiert und die USA haben sich eindeutig auf die 5,9 Prozent festgelegt.

Die EG-Kommission hat gestern Nacht den Briefwechsel gekündigt, so daß die 5,9 Prozent nicht mehr gelten und damit die GATT-Regeln zur Anwendung kommen. Die GATT-Regeln verbieten aber einseitige Handelsmaßnahmen.

Nach dem jetzigen Stand der Maßnahmen ist damit zu rechnen, daß sich die Stahlfrage zu einem allgemeinen Handelskonflikt ausweitet. Nach dem wine equity act, dem Technologietransfer-Verbot, den Diskussionen über das domestic-content-bill setzt die Stahlfrage den vorläufigen Höhepunkt.

Vom 7. bis 9. Januar 1985 werden die Europaparlamentarier mit einer Delegation des US-Kongresses in Brüssel zusammentreffen. Dort werden alle Handelsfragen mit dem nötigen Ernst und Nachdruck diskutiert werden. (-/28.11.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

SPD-Brief an Kohl: Denken Sie an die C-Waffen in unserer pfälzischen Heimat

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Büchner und Horst Sielaff, die pfälzische Wahlkreise im Bonner Parlament vertreten, haben Bundeskanzler Helmut Kohl, der ebenfalls in der Pfalz zu Hause ist, aufgefordert, bei seinen Gesprächen mit US-Präsident Reagan nicht die massierte Lagerung von C-Waffen und Giftgas in der gemeinsamen Heimatregion zu vergessen. Die SPD-Parlamentarier fordern den Bundeskanzler auf, sich gegen die in den USA vorgesehene Modernisierung der C-Waffen auszusprechen, die Vernichtung der in der Pfalz stationierten Giftgas- und C-Waffenbestände zu verlangen und auf die aus der Lagerung dieser Waffen resultierende Gefährdung der Bevölkerung mit Nachdruck aufmerksam zu machen. Wir dokumentieren das Schreiben im Wortlaut.

"Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Sie fahren dieser Tage in die Vereinigten Staaten und treffen sich mit Präsident Reagan. Vor dieser Reise haben Sie angekündigt, Sie wollten sich in den USA besonders für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einsetzen und dabei deutsche und europäische Interessen vertreten.

Als pfälzische Bundestagsabgeordnete nehmen wir Sie beim Wort. Wir bitten Sie dringend, bei Ihren Gesprächen unsere gemeinsame Heimat - die Pfalz - nicht zu vergessen.

In der Pfalz befindet sich die größte Anhäufung von Giftgas und chemischen Waffen in ganz Europa. Dies wissen Sie genau. Und Sie sind auch darüber informiert, daß sich die Menschen bei uns große Sorgen machen und wirkliche Angst vor der Vernichtungskraft dieser schrecklichen Waffen haben.

Alle Proteste haben bisher nichts genützt. Im Gegenteil: es gibt Pläne in den USA, die C-Waffen zu "modernisieren", um die Vernichtungswirkung noch zu steigern. Dazu kann und darf ein verantwortlicher Regierungschef nicht schweigen.

Wir fordern Sie deshalb auf:

1. Wenden Sie sich in Ihren Gesprächen mit Präsident Reagan und auch öffentlich mit großem Nachdruck gegen die weitere Aufrüstung mit chemischen Waffen, von denen Militärexperten sagen, daß sie gegebenenfalls bei uns eingesetzt würden.
2. Verlangen Sie von den USA die Vernichtung aller in der Pfalz gelagerten chemischen Waffen und Giftgasbestände.
3. Machen Sie Ihren Gesprächspartnern deutlich, daß diese Waffen vor allem die eigene Bevölkerung gefährden und für die Verteidigung völlig ungeeignet sind.

Herr Bundeskanzler, die Pfälzer sind Menschen, die nichts von großen Worten und vordergründigen Freundlichkeiten halten. Sie schätzen die Offenheit gerade unter Freunden. Deshalb geben Sie sich nicht mit schönen Reden zufrieden. Sie wollen konkrete Schritte der Abrüstung. Sie verlangen von unserem Bündnispartner USA die Beseitigung von chemischen Waffen und Giftgas in der Pfalz. Bedenken Sie dies, Herr Bundeskanzler, und handeln Sie danach!

Ihre pfälzischen Bundestagskollegen
gez. Peter Büchner gez. Horst Sielaff."

(-/28.11.1984/ks/rs)

+ + +

